

möglichst schnell das Gesetz verabschiedet zu sehen. (*Kaiser*: Das gibt Veranlassung zu der Frage, ob 9/10 ...) Sie reden über etwas anderes. Es handelt sich um das Wahlgesetz.

Schröder: Ich glaube, wir haben große technische Schwierigkeiten; auch wenn wir zur Stichwahl kommen, sollten wir nicht als ersten Tag den 6. und als zweiten Tag den 13. September nehmen?

Tillmanns: Das ist eine rechtliche Angelegenheit!

Zimmer: Dann haben wir eine Woche lang kein Parlament. Die Legislaturperiode läuft am 6. September ab.

Schröder: Das ist im Grundgesetz festgelegt.⁷³

Tillmanns: Das Grundgesetz bestimmt zwingend, daß die Bundestagswahl innerhalb des letzten Vierteljahres stattfinden muß.

Ehlers: Für uns ist der 6. September günstiger als der 31. August. Es hat keinen Zweck, die Wahl in die Ferien zu legen.

Adenauer: Überlassen wir das dem Bundestagsausschuß. Ich meine, wir sollten jetzt zum Schluß kommen.

Ich darf mit bestem Dank schließen und an die drei geschäftsführenden Herren den Vorschlag richten, etwas für die Presse zu entwerfen.

20

Hamburg, 18. April 1953

Sprecher: *Bach, von Brentano, Ehlers, Fay, Gradl, Frau Gröwel, von Hassel, Heck, Johnen, Kaiser, Kather, Kiesinger, Krone, Lehr, Lensing, Lenz, Müllenbach, Pferdenges, Samsche, Scharnberg, Schreiber, Simpfendörfer, Strickrodt, Tillmanns, Wuermeling, Zimmer.*

Kassenbericht des Bundesschatzmeisters. Verlauf des Parteitages: Verhalten der Stadt Hamburg gegenüber dem Bundeskanzler, Plakatierung des „Volksbundes für Frieden und Freiheit“, Läuten der Freiheitsglocke. Vorschläge für die Wahl des Präsidiums, der Mandatsprüfungskommission und der Redaktionskommission. Entwurf des Hamburger Programms. Entschließungen. Überlegungen zur Neuwahl des Vorstands. Verschiedenes.

Beginn: 17.00 Uhr

Ende: 20.00 Uhr

Ehlers (als Vorsitzender): Meine Damen und Herren! Da der Herr Bundeskanzler sich z.Z. zwischen Amerika und Europa befindet, darf ich die Parteivorstandssitzung zur Eröffnung des Parteitages eröffnen und Sie herzlich willkommen heißen.

⁷³ Vgl. GG Art. 39 Abs. 1.

Werden zur Tagesordnung irgendwelche Einwendungen geltend gemacht? – Das ist nicht der Fall. Wir können also mit Punkt 1 der Tagesordnung beginnen. Ich darf den Bundesschatzmeister bitten, den Kassenbericht zu erstatten.

KASSENBERICHT DES BUNDESSCHATZMEISTERS

Bach: Ich habe zwei Ausfertigungen meiner Ausführungen sowie des Revisionsberichtes in Umlauf gesetzt. In dem Revisionsbericht sind auch die Bilanzen der Jahre 1951 und 1952 enthalten. Die Bilanz des Jahres 1951 weist

einen Gesamtumsatz von	DM 1.412.710,-
auf, demgegenüber stehen an Ausgaben	DM 1.055.196,-,
so daß sich am 31. Dezember 1951 ein Vermögen von	DM 357.520,-

ergab. Die einzelnen Positionen sind in der Bilanz nachgewiesen und können von mir im einzelnen erläutert werden.

Der Gesamtumsatz im Jahre 1952 betrug	DM 4.036.923,-,
Hier ergibt sich ein Überschuß von	DM 642.741,-,
Wenn Sie dazu den Betrag aus dem Jahre 1951 in Höhe von	DM 357.520,-
nehmen, dann ergibt sich zum 1. Januar 1953 ein Vermögen von	DM 1.261.000,-.

Auch hier können Sie die Einzelheiten aus der Bilanz ersehen.

Die Zuschüsse für die Landes- und Kreisparteien betragen im Jahre 1951 DM 2.220.000,-. Hierin sind die laufenden Beträge enthalten. Die Prüfung der Bilanz ist von dem Wirtschaftsprüfer Dr. Elmendorff¹, Düsseldorf, in sechswöchiger Arbeit durchgeführt worden. Ich gestatte mir, den Prüfungsbericht vorzulegen, oder wird darauf verzichtet?

Ehlers: Ich glaube, wir könnten uns damit begnügen, daß Sie uns ganz kurz den Inhalt des Prüfungsberichtes bekanntgeben.

Bach: Ich darf Ihnen die Zahlen bekanntgeben, die Sie weder in meinem schriftlichen Bericht noch in dem Prüfungsbericht des Herrn Elmendorff finden.

Für das Jahr 1953 sind insgesamt zugesagt 6 Millionen, davon 4 Millionen für die laufende Arbeit und 2 Millionen für die Wahlarbeit. Auf der letzten Vorstandssitzung wurde beschlossen, den Betrag von 4 Millionen wie folgt aufzuteilen:

- 3 Millionen für die Arbeit der Kreis- und Landesparteien,
- 1 Million für die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle und der Bundesorganisation,
- 2 Millionen für die Wahlarbeit sollen ungeteilt an die Bundeskasse gezahlt werden.

Die Ausgaben der Bundesgeschäftsstelle betragen
DM 1.200.000,- für die wirtschaftlichen Einrichtungen, dazu
DM 900.000,- für „Wirtschaftsbild“, „Wirtschaftsbrief“, „Mittelstandsbrief“,

1 Dr. Wilhelm Elmendorff (geb. 1903), Wirtschaftsprüfer und Steuerberater.

„Evangelische Verantwortung“, „Betriebsrätebrief“, zusammen:
DM 2.100.000,-.²

In der letzten Vorstandssitzung wurde beschlossen, für die Wahrarbeit DM 2.650.000,- einzusetzen; außerdem sind zugesagt worden für die besondere Bearbeitung des katholischen Raumes durch Herrn Dr. Krone DM 50.000,-, für den evangelischen Raum (Dr. Ehlers) DM 50.000,-, für Flugzeugpropaganda DM 230.000,-, für eine bürgerliche Zeitung in Braunschweig unter Herrn Dr. Hofmeister³ DM 20.000,-. Insgesamt betragen die Ausgaben DM 5.100.000,-, denen eine Einnahme von DM 3.000.000,- gegenübersteht, so daß noch 2,1 Millionen beschafft werden müssen. Der heutige Kassenbestand beträgt DM 573.912,-.

Von den zugesagten 3 Millionen sind bisher leider nur DM 300.000,- gezahlt worden, so daß noch 2,7 Millionen DM zu erwarten sind.

Der Kassenbericht steht sämtlichen Herren des Vorstandes im Büro der Bundesgeschäftsstelle zur Verfügung.

Tillmanns: Der Vorstand muß sich über folgende Rechtsfrage klarwerden: Kann der Vorstand allein die Entlastung des Bundesschatzmeisters vornehmen. Die Satzung sagt darüber nichts.

Zimmer: Das ist mit Bedacht nicht in die Satzung gekommen. Derartige Dinge soll man freilassen. Ich bin dafür, daß der Vorstand es allein macht.

Von Brentano: Wir sind selbstverständlich zuständig, wenn kein anderer in Frage kommt, d.h. festgelegt ist.

Kaiser übernimmt den Vorsitz.

Kaiser: Ich schlage Ihnen vor, daß wir dem Bundesschatzmeister die Entlastung erteilen. Sind Sie damit einverstanden? Das ist der Fall. Dann danke ich Herrn Bach für seine große Arbeit.

Wir kommen zum Punkt 2 der Tagesordnung.

VERLAUF DES PARTEITAGES

Tillmanns: Der Herr Bundeskanzler trifft nicht, wie erwartet, heute, sondern erst morgen um 16.15 Uhr ein. Die Begrüßung im Schauspielhaus bei der Eröffnungssitzung kann also nicht vom Bundeskanzler vorgenommen werden, sondern das wird, soweit ich unterrichtet bin, Herr Dr. Ehlers tun.

Lenz: Wir haben einige Schwierigkeiten in Hamburg gehabt wegen des Empfangs des Herrn Bundeskanzlers. Die zunächst von der Stadt Hamburg zugesagte

² Zu den Publikationen der CDU vgl. FISCHER S. 218; SCHMOLLINGER/STÖSS S. 42.

³ Mit diesem Betrag sollte der Start der „Braunschweiger Nachrichten“ finanziert werden; die erste Nummer erschien am 15. Mai 1953 (NL Hofmeister ACDP I-395-105/5-7).

Polizeiabteilung, die den Bundeskanzler empfangen sollte, ist von der Stadt Hamburg abgelehnt worden. (*Gröwel*: Unerhört!) Wir haben eine Reihe von Schwierigkeiten gehabt. Ich schlage vor, daß eine Anzahl von Parteimitgliedern zum Flugplatz fährt, damit der Kanzler in entsprechender Weise empfangen wird. Der Herr Bundesminister Dr. Lehr hatte vorgesehen, eine Hundertschaft des Bundesgrenzschutzes hinzuschicken. Da auch deswegen Bedenken seitens der Stadt Hamburg bestehen, haben wir telegraphisch beim Kanzler angefragt. Bis jetzt ist noch keine Antwort eingetroffen. Ich würde vorschlagen, daß von uns aus eine größere Wagenkolonne hinausfährt.

Lehr: Wenn die Stadt Hamburg den polizeilichen Schutz der Eskorte übernommen hätte, wäre die Sache gut gewesen. Ich habe dem Bundeskanzler telegraphiert: Halte eine Hundertschaft bereit, die sich präsentieren kann, wenn Sie es wünschen. Ich mache es von seiner Entscheidung abhängig. (*Gröwel*: Kann Hamburg nicht dagegen Einspruch erheben?) Die Polizei ist Ländersache, und der Senat in Hamburg kann über seine Polizei frei verfügen.

Samsche: Durch die Tatsache, daß der Hamburger Senat dem Herrn Bundeskanzler das Gästehaus des Senats zur Verfügung gestellt hat, ist der Empfang – protokollarisch gesehen – eine Angelegenheit des Landes Hamburg. Die Schwierigkeiten gehen insofern weiter, als der Empfang auf dem Rollfelde vorgenommen wird, das devisen- und zollmäßig Ausland ist. Das Hamburger Protokoll hat aus diesen Gründen den Kreis der den Bundeskanzler begrüßenden Personen möglichst kleingehalten und einen sehr engen Rahmen gezogen.

Wir hatten ursprünglich von seiten des Bundesgrenzschutzes eine Offerte für eine Musikkapelle. Wir waren der Meinung, daß man dem Hamburger Senat davon Mitteilung machen sollte, damit hinterher keine Reibereien entstünden. Daraufhin hat mir der Senator Landahl⁴ gesagt, eine Musikkapelle könne er nicht ohne Ehrenkompanie stellen; es sei aber eine Ehre, wenn eine Ehrenkompanie gestellt werde. Sechs Tage darauf hörten wir durch das Protokoll, daß dies gestrichen sei. Meine diesbezügliche Anfrage wurde vom Senat wie folgt beantwortet: das sei deshalb gestrichen worden, weil ein Beschluß des Senats vorliege. Als ich mich beschweren wollte, stellte ich fest, daß der betreffende Senator verreist war.

Der Hamburger Senat, der diesen Empfang als Staatsempfang betrachtet, wollte verhindern, daß die CDU prominenter in Erscheinung tritt als das Land Hamburg.

Der Bürgermeister kommt nicht. Es kommt auch kein Senator, sondern der Senat hat bestimmt, daß der Bundeskanzler durch den hiesigen Senatssyndikus Dr. Drexelius⁵, den Bevollmächtigten bei der Bundesregierung, Dr. Hansen⁶, und durch

4 In der Vorlage: Dahl. – Heinrich Landahl (1895–1971) war 1945–1953 Chef der Kultur- und Schulbehörde (STORBECK S.189, 417f.).

5 Dr. Wilhelm Drexelius (1906–1974), 1945 Direktor des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg (SPD), 1946–1961 Senatssyndikus, 1961–1970 Senator, 1961–1974 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft.

den leitenden Regierungsdirektor Jess⁷, der etwa die Funktion eines Chefs des Protokolls innehat, begrüßt wird.

Ich habe mich beim Bonner Protokoll erkundigt, ob man an sich rein sachlich etwas dagegen einwenden kann. Man hat mir gesagt, daß es vielleicht nicht schön sei, daß man aber gegen diese Garnitur nichts einwenden könne. (*Verschiedene Zurufe der Entrüstung: Unglaublich – Unerhört!*) Wir haben uns nun auf folgendes geeinigt und – vorbehaltlich der Genehmigung hier – folgendes Plan aufgestellt, daß die drei Herren des Senats mit Staatssekretär Dr. Lenz und Ministerialdirektor Blankenhorn hinausfahren, um den Kanzler zu empfangen. Außerdem sollen von der Bundes- und Landespartei zwei oder drei Herren hinfahren. Im ganzen soll es ein Kreis von 17 Personen sein, die die Berechtigung haben, auf das Rollfeld zu gehen.

Ehlers übernimmt den Vorsitz.

Ehlers: Es hat keinen Zweck, daß wir uns über die Art und Weise unterhalten, wie sich der Regierende Bürgermeister in Hamburg⁸ blamiert.

Von Brentano: Es ist ein ungewöhnlicher Affront, daß der Senat beschließt, von der Ankunft des Bundeskanzlers, der von einem mehrwöchigen Staatsbesuch in Amerika zurückkommt, keine Kenntnis zu nehmen und den Chef des Protokolls hinzuschicken. Ich bin der Meinung, daß der Herr Bundeskanzler nicht in dem Gästehaus wohnen soll. Dann geht der Einwand, daß es sich um einen Staatsempfang handelt, verloren, und wir können unseren Bundeskanzler durch den Parteivorstand so empfangen, wie es uns gefällt.

Ehlers: Ich würde Ihnen im Verlaufe des Gesprächs den gleichen Vorschlag gemacht haben, um so mehr, als es fast unzumutbar ist, im Gästehaus des Hamburger Senats zu wohnen. Dieses Gästehaus ist kein Bremer Haus. Ich sage das in Anwesenheit des Bremer Vertreters⁹. Als ich vor einiger Zeit dort wohnte, mußte meine Frau den Müsedreck wegfegen. Es gibt nichts an Getränken da. Mein Fahrer wurde darauf hingewiesen, daß er im Wartesaal des Bahnhofs Dammtor frühstücken solle.

Lenz: Der Herr Bundeskanzler hat Wert darauf gelegt, daß er nicht nur als Chef der CDU nach Hamburg kommt, sondern auch als Regierungschef, der von seiner Auslandsreise zuerst in Hamburg eintrifft. Es ist deshalb auch eine große Pressekonferenz vorgesehen. Unter diesen Umständen, daß er zunächst als Regierungschef hier spricht, muß ich sagen, ist die protokollarische Anordnung der Stadt Hamburg

6 Dr. Bernhard Hansen (geb. 1896), 1946–1947 Mitglied der Hamburger Bürgerschaft (SPD), 1947–1949 Bevollmächtigter der Vertretung Hamburgs beim Länderrat des Vereinigten Wirtschaftsgebietes in Frankfurt, 1949–1953 Bevollmächtigter Hamburgs bei der Bundesregierung.

7 In der Vorlage: Jesse. – Henning Jess (vgl. Handbuch der Freien und Hansestadt Hamburg 1956 S. 43f.).

8 Max Brauer (vgl. Nr. 3 Anm. 3).

9 Vermutlich Dr. Heinrich Barth (geb. 1914), 1952–1954 Vorsitzender der CDU Bremen.

kaum anders als eine schwere Brüskierung anzusehen. (*Zimmer*: Ist das dem Hamburger Senat bekannt?) Das ist ihm bekannt. Ich habe mit Bürgermeister Brauer seinerzeit darüber gesprochen. Daraufhin hat Herr Brauer das Gästehaus der Stadt Hamburg angeboten, was der Kanzler zunächst angenommen hatte.

Ehlers: Mir ist folgende Überlegung gekommen. Wenn man jetzt erklärt, daß der Bundeskanzler das Gästehaus nicht betritt, sondern anderswo untergebracht wird, führt das zu weiteren Schwierigkeiten. Dann wird es der Hamburger Senat ablehnen, zu irgendeiner Parteiveranstaltung zu kommen. Wir können das sicher entbehren, aber ich weiß nicht, ob es sinnvoll ist, die Dinge zu überstürzen.

Sollte man nicht so verfahren, daß der Bundeskanzler nur die erste Nacht im Gästehaus wohnt und von da aus in ein anderes Quartier umzieht. Dann ist ja diese Staatsaktion vorbei, und er ist hier als Parteichef. Das würde dem Hamburger Senat eine beachtliche Dokumentation unseres Erstaunens über sein Verhalten geben.

Von Brentano: Das halte ich nicht für möglich; denn das ist unter der Würde des Bundeskanzlers.

Ehlers: Es ist wirklich nicht der erste Fall. Ich versuche mich in keiner Weise zu vergleichen, aber ich habe vor vier Wochen hier erlebt, daß ich offiziell vom Senat als Ehrengast aufgefordert wurde, auf der Schlußkundgebung der Europa-Union zu sprechen.¹⁰ Ich wurde in diesem furchtbaren Gästehaus untergebracht. Es hat dann nicht einmal ein Oberregierungsrat vom Senat es für nötig gehalten, bei dieser Schlußkundgebung der Europa-Union zu erscheinen. Es war niemand da außer ein paar Polizeibeamten. Das ist genau das gleiche Verhalten, das sich ausschließlich auf parteipolitische Erwägungen stützt.

Was Herr von Brentano sagt, ist durchaus einleuchtend. Dieser Empfang durch nachgeordnete Stellen und die Unterbringung im Gästehaus ist kein Staatsempfang. Darin liegt etwas, was diesen Empfang als zweitrangig hinstellt. Daraus müssen wir die Konsequenzen ziehen. Wir sollten zum mindesten den Senat wissen lassen, daß diese Form eines Staatsempfanges nicht der Würde des Bundeskanzlers entspricht.

Lenz: Wir können die Frage des Quartiers ohne den Bundeskanzler nicht entscheiden. Auch die Sicherheitsmaßnahmen, die immer getroffen werden müssen, sind nicht von einem Tag zum anderen umzustellen.

Scharnberg: Daß Herr Brauer nicht hinfährt, sondern Herr Drexelius, das ist eine so unerhörte Angelegenheit, daß darauf unbedingt eine Reaktion erfolgen muß.

Kaiser: Ich würde vorschlagen, es Herrn Brauer noch heute abend zu sagen.

Samsche: Er wird sagen: Ich bin an einen Senatsbeschluß gebunden.

Ehlers: Halten Sie es nicht für möglich, daß sich der Bundeskanzler – nicht wie es der Hamburger Senat nach seinem geistigen Format für angemessen erachtet –

¹⁰ Ehlers hatte am 14. März 1953 im Rahmen einer Festwoche des Landesverbands Hamburg der Europa-Union „Europa in Hamburg“ das Schlußreferat gehalten (vgl. Ms. der Rede in NL Ehlers ACDP I-369-017/1; „Hamburger Abendblatt“ vom 16. März 1953).

20 Minuten im Gästehaus der Stadt aufhält, sich die Hände wäscht, einen Kaffee nimmt oder was es vielleicht gibt, und dann weiterfährt. Wir könnten dann Herrn Brauer mitteilen, daß wir mit Rücksicht auf die vom Hamburger Senat gefaßten Beschlüsse eine eigene Unterkunft zur Verfügung stellen.

Samsche: Der Bürgermeister hat vorgesehen, am Dienstag nachmittag dem Bundeskanzler ein Essen zu geben. Dann würde die Sache gefährdet.

Ehlers: Wenn der Bundeskanzler bereit ist, sich im Gästehaus wenigstens einmal aufzuhalten, ist die Form für den Hamburger Senat völlig gewahrt. Im übrigen glaube ich, daß Herr Brauer glücklich darüber ist, wenn er ihn wieder los ist aus dem Gästehaus. Und der Bundeskanzler ist auch glücklich.

Es handelt sich also darum, daß sich der Parteivorstand angesichts des Verhaltens des Hamburger Senats einmütig auf den Standpunkt gestellt hat, der Bundeskanzler möge nach einem kurzen Aufenthalt im Gästehaus in einem anderen Quartier untergebracht werden. Er wird zweifellos verstehen, daß dies, nachdem es der Parteivorstand nachdrücklich beschlossen hat, keine leichtfertige Sache gewesen ist.

Scharnberg: Das Protokoll hat vorgesehen, daß in dem Wagen, mit dem der Bundeskanzler zum Haus Wedell¹¹ fährt, Herr Drexelius mitfahren soll. Das geht nach meiner Ansicht nicht. Ich schlage vor, daß Sie, Herr Dr. Ehlers, in diesem Wagen mitfahren.

Lehr: Ich muß Ihnen sagen, daß ich schwer schockiert bin über das, was uns hier zugemutet wird. Ich werde dafür sorgen, daß der Kanzler durch Funkspruch sofort benachrichtigt wird von dem Vorfall, damit er sich selbst ein Bild machen kann.

Wir müssen dafür sorgen, daß er in Wahn auf dem Rollfeld in würdiger Weise durch die Bundesregierung empfangen wird, wenn er nach einem offiziellen Staatsbesuch im Ausland zum ersten Mal wieder auf deutschem Boden ist. Wir werden damit den Unterschied zu dem deutlich machen, was sich hier in Hamburg abspielt hat und was Hamburg glaubt, dem Kanzler zufügen zu müssen.

Lenz: Es kann nicht in Frage kommen, daß der Herr Drexelius mit dem Wagen des Kanzlers fährt. Das ist ein Ding der Unmöglichkeit.

Ehlers: Auf welche Weise wird sichergestellt, daß wir erfahren, ob das Flugzeug mit dem Kanzler pünktlich ankommt. (*Lenz:* Wir erhalten laufend Nachrichten von London.) Wer übernimmt es nun, beim Senat vorstellig zu werden? (*Zurufe:* Dr. Wuermeling!) Herr Dr. Wuermeling, würden Sie es machen? (*Wuermeling:* Ja!) Und von Hamburg? Herr Samsche? (*Samsche:* Ja!)

Scharnberg: Ich weiß nicht, ob das hierher gehört, aber mich stört im äußeren Bild von Hamburg, daß der „Bund für Frieden und Freiheit“¹² zu sehr in Erscheinung tritt. Seine Transparente hängen zwischen den CDU-Fahnen und Plakaten. Ich habe zuerst geglaubt, es handele sich um eine kommunistische Propaganda. Das

¹¹ Haus Wedell war das Gästehaus des Senats.

¹² Zum antikommunistischen überparteilichen „Volksbund für Frieden und Freiheit“ vgl. Bestand ADK, ACDP VI-010.

wurde mir auch von anderen Leuten gesagt. Ich finde also diese Propaganda verwirrend.

Ehlers: Es würde außerordentlich peinlich sein, wenn man jetzt diese Transparente beseitigte. Das sähe doch komisch aus. Ich weiß nicht, ob wir jetzt noch CDU-Transparente anbringen können. (*Müllenbach:* Nein!) Dann darf ich bitten, daß sich der Landesverband Hamburg mit der Bundesgeschäftsstelle darüber ausspricht, was geschehen kann, damit der „Bund für Frieden und Freiheit“ möglichst wenig in Erscheinung tritt. Das scheint mir der allgemeine Wunsch zu sein. Ich stelle das fest. Wer ist denn eigentlich dieser Bund?

Krone: Eine antikommunistische überparteiliche Organisation.

Müllenbach: Der „Bund“ hat sich mit mir in Verbindung gesetzt, und zwar unter Berufung auf Herrn Minister Kaiser. (*Kaiser:* Da widerspreche ich; das muß wegbleiben!) Der „Bund“ hat gebeten, aus Anlaß des Parteitages Plakate zu kleben und Transparente aufzuhängen. Ich habe ihm gesagt, ich hätte nichts dagegen, aber ich lehnte es ab, seine Transparente zwischen unseren Fahnen aufzubauen. Ich habe es energisch abgelehnt. Nun höre ich vor zwei Stunden, daß man doch die Transparente zwischen den Fahnen befestigt hat. Das ist also gegen unseren Willen geschehen.

Ehlers: Dann verlangen Sie, daß das abgenommen wird!

Kiesinger: Es wäre schön, wenn es uns gelänge, noch CDU-Plakate an deren Stelle zu kleben. Ich halte es auch für unglücklich, daß die Transparente aufgestellt worden sind.

Ehlers: Dann bitte ich die Bundesgeschäftsstelle, das zu klären.

Tillmanns: Der Bundeskanzler wird am Montag in der Plenarsitzung zum ersten Mal vor dem Plenum erscheinen und dort eine kurze Ansprache halten.

Für die Schlußkundgebung möchte ich vorschlagen, im Anschluß an die dritte Strophe des Deutschlandliedes die Berliner Freiheitsglocke erklingen zu lassen. Wir haben ein Tonband dafür geschaffen. Diese Glocke ist eine Stiftung von 16 Millionen amerikanischer Staatsbürger mit einer Freiheitserklärung, in der es heißt:

„Ich glaube an die Würde und Unantastbarkeit jedes einzelnen Menschen. Ich glaube, daß allen Menschen von Gott das gleiche Recht auf Freiheit gegeben wurde. Ich gelobe, mich der Aggression und Tyrannei zu widersetzen, wo immer sie sich auf Erden zeigen mögen.“

Die Inschrift der Freiheitsglocke lautet:

„Möge diese Welt unter Gott eine Wiedergeburt der Freiheit erleben!“

Ich glaube, daß das Läuten der Freiheitsglocke ein sehr wirkungsvoller Abschluß wäre.¹³

Ehlers: Wirkungsvoll ja, aber ich habe gegen die konservierte Wiedergabe von solchen Dingen große Bedenken aufgrund meiner Erfahrungen im Bundeshaus.

Tillmanns: Die Sache ist technisch ausprobiert.

13 Das Tonband wurde abgespielt (vgl. CDU, 4. Bundesparteitag S. 267f.).

Kather: Ich habe zufällig mit einem Rundfunkmann über diese Sache gesprochen. Er hat sich ähnlich geäußert wie Herr Dr. Ehlers und hat darüber gelächelt.

Gradt: Wenn auf diese Weise zwischen dem Parteitag und der Welt ein Zusammenklang hergestellt wird, sehe ich nicht ein, warum man es nicht machen soll.

Tillmanns: Die Glocke hat auf die großen Massen eine feierliche Wirkung.

Ehlers: Dazu kann man diese oder jene Meinung haben. Darf ich daher einfach fragen, wer ist dafür, daß wir dem Vorschlag von Dr. Tillmanns folgen sollen? Wer ist dagegen? Das letzte ist zweifellos die Minderheit. Ich bitte also darum, die technischen Voraussetzungen für das Läuten der Glocke zu schaffen.

Von Brentano: Sollte man die Glocke nicht vorher läuten lassen. Ich meine, das Deutschlandlied müßte die Sache beschließen.

Ehlers: Es scheint mir sinnvoll zu sein, daß der Bundesminister für Gesamtdeutsche Fragen zum Schluß seiner Rede überleitet in das Läuten der Glocke.

Kaiser: Ich bitte darum, damit einverstanden zu sein, daß ich mich deswegen mit dem Bundeskanzler und mit Herrn Tillmanns verständige.

Ehlers: Wir dürfen die Herren Kaiser und Tillmanns bitten, mit dem Bundeskanzler Fühlung zu nehmen.

Wir kommen zum Punkt 3 der Tagesordnung.

VORSCHLÄGE FÜR DIE WAHL DES PRÄSIDIUMS, DER MANDATSPRÜFUNGSKOMMISSION UND DES REDAKTIONSAUSSCHUSSES

Für das Präsidium werden vorgeschlagen:

Präsident des Parteitages: Scharnberg, Vorsitzender des Landesverbandes Hamburg,

Mitglieder: Dr. Gröwel, Johnen, Majonica, Simpfendörfer, Dr. Tillmanns, Winkelheide.

Johnen: Darf ich bitten, auf mich zu verzichten, weil ich wahrscheinlich zwichendurch noch einmal ins Rheinland muß.

Ehlers: Sie brauchen ja nicht pausenlos zu leiten, sondern nur dann, wenn Sie hier sind. Also, dieser Vorschlag ist gebilligt. Herr Johnen erhebt keine Bedenken mehr.

Für die Mandatsprüfungskommission werden vorgeschlagen:

Dr. Gurk, Vorsitzender, Dr. Fay, von Hassel¹⁴.

14 Kai-Uwe von Hassel (geb. 1913), 1935–1939 Kaufmann in Ostafrika, 1950–1965 MdL Schleswig-Holstein (CDU), 1954–1963 Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, 1955–1966 Vorsitzender des CDU-Landesverbandes, 1953–1954 und 1965–1980 MdB (1969–1972 Bundestagspräsident), 1963–1966 Bundesminister der Verteidigung und 1966–1969 für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte, 1973–1981 Präsident der EUCD, 1977–1980 Präsident der Parlamentarischen Versammlung der WEU, 1979–1984 MdEP.

Sie sind einverstanden? Ich stelle das fest.

Für den Redaktionsausschuß werden vorgeschlagen:

Kiesinger, Vorsitzender, Dr. Wuermeling, Dr. Tillmanns, Frau Dr. Weber, Wehking, Prof. Dr. Stier, Meltzer¹⁵, Majonica, Lünendonk, von Keudell¹⁶, Karsch, Etzel, Albers.

Zimmer: Wann wird das Ergebnis der Arbeit des Redaktionsausschusses dem Bundesparteivorstand zur Beschlußfassung vorgelegt?

Tillmanns: Diese Frage ist sehr schwer zu beantworten; das hängt von dem Fortgang der Arbeiten ab.

Ehlers: Darf ich fragen, ob Sie mit der Benennung dieses Redaktionsausschusses einverstanden sind? Ich stelle das fest. Der Parteausschuß wird es morgen noch beschließen müssen.

Wir kommen zum Punkt 4 der Tagesordnung.

ENTWURF DES HAMBURGER PROGRAMMS

Der Entwurf liegt Ihnen vor, er ist vom geschäftsführenden Vorstand und von den Ausschüssen zusammengestellt worden.

Tillmanns: Es ist leider nicht mehr möglich gewesen, diesen Entwurf nochmals vor dem Parteitag in einer Vorstandssitzung zu besprechen, wie es beabsichtigt war, weil die Sitzungen der Ausschüsse bis Ende März bzw. Anfang April stattgefunden haben, so daß wir bisher nur folgendes tun konnten: Wir haben aufgrund der Ergebnisse der Arbeiten der Ausschüsse im kleinen Kreis des geschäftsführenden Vorstandes einen ersten Entwurf gemacht, den wir dann mit den Ausschußvorsitzenden nochmals besprochen haben. Das Ergebnis dieser Besprechungen liegt Ihnen nunmehr vor.

Ich glaube, wir können nicht anders verfahren, als daß die Mitglieder des Vorstandes diesen Entwurf ihrerseits durchlesen und studieren. Es wird vielleicht notwendig sein, daß sich der Vorstand nochmals in einer Sondersitzung mit dem Entwurf beschäftigen muß. Wir müssen uns also heute darüber entscheiden, ob diese Sondersitzung stattfinden soll oder ob die Vorstandssitzung am Mittwoch genügen wird. Wir müssen uns überlegen, wann wir den Entwurf dem Plenum vorlegen. Man kann den Delegierten nicht zumuten, über einen solchen Entwurf Beschluß zu fassen, wenn er erst am Mittwoch in der Plenarsitzung verteilt wird.

15 Rudolf Meltzer (geb. 1888), Generalleutnant (1945), Vorsitzender des Bundesausschusses ehemaliger Berufssoldaten für Wehrmachtsfragen der CDU/CSU (vgl. KEILIG S. 222; ACDP VII-004-120/1).

16 Dr. Walter von Keudell (1884–1973), 1916–1920 Landrat des Kreises Königsberg, 1924–1930 MdR (DNVP), 1927–1928 Reichsminister des Innern, 1929 Landvolkpartei (CSVD), 1933–1937 Generalforstmeister, 1936–1937 Staatssekretär, 1948 CDU, Vorsitzender der Vereinigten Landsmannschaften Mitteldeutschlands, 1953 Mitglied des Bundesvertriebenenausschusses der CDU.

Ehlers: Ich halte es für völlig ausgeschlossen, daß wir jetzt über Einzelformulierungen diskutieren. Das wird Sache des Redaktionsausschusses sein. Es geht uns jetzt nur darum, daß der Parteivorstand, der bisher mit dieser Vorlage nicht befaßt worden ist, billigt, daß dieser Entwurf zur Grundlage der Arbeit des Redaktionsausschusses gemacht wird. Mehr können wir jetzt nicht tun. Ich bitte Sie daher, alle Kritik dem Redaktionsausschuß möglichst bald zuzuleiten.

Zimmer: Ich will jetzt keine Kritik üben, sondern nur klarstellen: Wir können die Sache nicht in die Welt hinausgehen lassen, ohne daß wir uns noch einmal zusammensetzen.

Ehlers: Ich darf also feststellen, daß der Parteivorstand damit einverstanden ist, daß dieser vom geschäftsführenden Vorstand vorgelegte Entwurf zur Grundlage der Arbeit des Redaktionsausschusses gemacht wird. Das ist einmütig beschlossen.

Von Brentano: Ich schlage vor, am Montag abend um 9 Uhr eine Vorstandssitzung abzuhalten.

Ehlers: Der Presseempfang ist um 9 Uhr. Wir könnten die Sitzung um 22 Uhr abhalten. (*Von Brentano:* Gut, sagen wir 10 Uhr am Montag abend.) Wir vereinbaren also vorläufig eine Vorstandssitzung für Montag abend 10 Uhr. (*Zuruf:* Wo?) Hier in dieser Katakombe. Die Möglichkeiten in Hamburg sind bei dieser sozialistischen Regierung so wenig entwickelt, daß sich das ändern muß nach den Wahlen!

Wir kommen zum Punkt 5 der Tagesordnung.

ENTSCHLISSUNGEN

Den Antrag Nr. 1 von Berlin¹⁷ können wir genauso wenig behandeln wie den Entwurf des Wahlprogramms. Ich schlage Ihnen vor, diese Entschliebung am Montag abend zur Diskussion zu stellen. Sie sind damit einverstanden?

Die Entschliebungen haben sich vermehrt. Wir werden also am Montag darüber sprechen.

Wir kommen zum Punkt 6 der Tagesordnung.

NEUWAHL DES VORSTANDES

Wir haben in Berlin den 1. Parteivorsitzenden und die beiden stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Die Neuwahl des Parteivorstandes muß auf diesem Parteitag erfolgen. (*Kiesinger:* An sich ist ein „Muß“ nicht gegeben nach dem Parteistatut.) Ich bitte, meine mangelhafte Kenntnis der Satzung zu entschuldigen. Ich habe mich in den letzten Jahren etwas mehr auf die Geschäftsordnung des Bundestages konzentrieren müssen. Es ist aber kein Zweifel daran, daß die Legislaturperiode des

¹⁷ Der CDU-Landesverband Berlin hatte die Durchführung einer Sozialenquete beantragt. Der Antrag wurde nicht angenommen.

Partei Vorstandes abgelaufen ist. Durch den Parteiausschuß muß in jedem Fall die Neuwahl des Vorstandes erfolgen. Wir sollten uns heute über die Einzelheiten noch nicht unterhalten, sondern das sollte geschehen in einer Vorstandssitzung, an der der Bundeskanzler teilnimmt.

Es ist die Frage zu klären, ob es geraten ist, nach einer Zielrichtung an die Neuwahl des Vorstandes heranzugehen. Man sollte wenige Monate vor der Wahl nach meiner Ansicht nicht alles auf den Kopf stellen. Eine Reformation an Haupt und Gliedern würde ich – wenn ich es so deutlich sagen darf – für kein taktisch geeignetes Verfahren ansehen.

Sind Sie der Meinung, daß wir so verfahren sollten? Das würde vielleicht eine große Erleichterung bedeuten.

Tillmanns: In einer Besprechung zwischen dem Bundeskanzler und dem geschäftsführenden Vorstand ist diese Frage bereits besprochen worden. Ich weiß nicht, ob Herr Kaiser dabei war. (*Kaiser:* Ich war nicht dabei, aber ich habe gehört, was gesagt wurde.) Wir waren der Meinung, daß die Wahl für zwei Jahre getätigt werden soll. In der Satzung ist die Zeit nicht vorgeschrieben. Wir haben in Goslar beschlossen, daß die Wahl zwei Jahre gelten soll. Infolgedessen ist an sich dieser Vorstand seit Monaten ohne Mandat. Das ist leider die Situation.¹⁸

Der Bundeskanzler war der Meinung, man sollte einmal versuchen, unter gewissen Gesichtspunkten diese oder jene Änderung vorzunehmen. Wir schlagen vor, daß der Bundesparteiausschuß morgen noch nicht wählen soll, sondern die Mitglieder des Parteiausschusses sollen aufgrund einer Information die Möglichkeit haben, sich die Sache zu überlegen. Die Wahl soll dann am Mittwoch erfolgen.

Der Vorstand besteht aus dem 1. Vorsitzenden, zwei stellvertretenden Vorsitzenden, dem geschäftsführenden Vorstand, dem Bundesschatzmeister und zehn weiteren Mitgliedern. Für jedes der zehn weiteren Mitglieder wird ein Vertreter gewählt. Die Praxis hat ergeben, daß außerdem die Vorsitzenden der Landesverbände, die nicht gewählte Mitglieder des Vorstandes sind, zu den Vorstandssitzungen eingeladen wurden. Ferner sind auch die Ministerpräsidenten eingeladen worden.

Wenn wir in Zukunft alle Landesverbandsvorsitzenden zu den Vorstandssitzungen einladen – also zusätzlich zu den Vorstandsmitgliedern –, dann bekommen wir eine größere Bewegungsfreiheit.

Ehlers: Wenn man sich diesen Vorschlag von Dr. Tillmanns zu eigen macht, würde man die Frage zu klären haben, ob man mit oder ohne Änderung der Satzung konzidiert, daß die Landesvorsitzenden im Vorstand Stimmrecht haben.

Bach: Die Praxis hat ergeben, daß wir keine Vorstandssitzung abhalten können, deren Beschlüsse nach unten durchgeführt werden, wenn nicht die Landesverbandsvorsitzenden dabei sind. Es ist selbstverständlich, daß die Landesverbandsvorsitzenden auch Stimmrecht haben müssen.

¹⁸ Tatsächlich hatten Vorstandswahlen am 18. Oktober 1952 auf dem Parteitag in Berlin stattgefunden (vgl. CDU, 3. Parteitag S. 81–93).

Der Unterschied gegenüber der SPD muß auch im Vorstand zum Ausdruck kommen.¹⁹ Wir sollten sagen: Die Landesverbandsvorsitzenden sind genauso wie der Fraktionsvorsitzende Mitglieder des Vorstandes; dann ist dieses Verhältnis an das Amt und nicht an die Person gebunden. Wir würden dann in die Satzung schreiben: Zum Parteivorstand gehören die Vorsitzenden der Landesverbände. Alles andere kann stehenbleiben.

Ehlers: Das müßten wir durch den Parteitag beschließen lassen. Darf ich fragen, ob der Parteivorstand der Ansicht ist, daß so verfahren wird?

Tillmanns: Dann ist kein Unterschied mehr zwischen Vorstand und Parteiaus-schuß.

Fay: Mit der Lösung bin ich einverstanden; ich frage aber, wie es technisch gehen soll. Das Statut ist beschlossen worden von den Vorsitzenden der Landesverbände. Es ist eine echte Arbeitsgemeinschaft der Landesverbände. Das geht den Parteitag nichts an.

Ehlers: Das müßte beschlossen werden. Ein solcher Antrag könnte vom Vorstand vorbereitet werden.

Zimmer: Die Frage der Zusammensetzung des Vorstandes hat vor zweieinhalb Jahren zu endlosen Diskussionen vor der Wahl geführt, weil die einzelnen Gruppen ihre Rechte geltend gemacht haben. Wenn man den Wünschen aller Gruppierungen Rechnung tragen will, kommt praktisch nachher das heraus, was wir im Parteiaus-schuß mehr oder weniger haben. Es ist ein äußerst schwieriges Problem in unserer Partei.

Wir müssen den praktischen Bedürfnissen Rechnung tragen. Ich stimme grundsätzlich dem Vorschlag von Herrn Bach zu. Ursprünglich war die Angelegenheit so gedacht: Man wollte es den Landesverbänden nicht vorschreiben, aber man hatte erwartet, daß sie ihre Vorsitzenden hinschicken würden, um das zu erreichen, was sie haben wollen: die Verbindung nach unten. Das haben nicht alle Landesverbände gemacht.

Der Bundeskanzler hat gesagt, im Bundesparteivorstand sollen tunlichst politische Persönlichkeiten sein. Man hat trotzdem versucht, gleichzeitig politische Persönlichkeiten und Gruppenvertreter in Personalunion zu haben.

Ehlers: Ich glaube, man darf unterstellen, daß die Vorsitzenden der Landesverbände politische Persönlichkeiten sind. (*Heiterkeit.*)

Ich bitte Sie, das einen Augenblick durchzudenken. Wenn der Vorschlag akzeptiert würde, dann müßten aus dem Kreis der zu Wählenden zehn ausscheiden – weil sie automatisch dem Vorstand angehören – Herr Simpfendörfer und ich als Landesverbandsvorsitzender von Oldenburg.

Kaiser: Ich würde vorschlagen, daß neben den Vorsitzenden der Landesverbän-

¹⁹ Der SPD-Vorstand war auf dem SPD-Parteitag am 23./24. September 1952 in Dortmund bestellt worden; föderative Gesichtspunkte spielten dabei keine Rolle. Vgl. KLOTZBACH S.278–281.

de auch die Ministerpräsidenten der Länder in gleicher Weise herangezogen werden.

Ehlers: Aber nicht als Mitglieder des Vorstandes!

Kaiser: Genau in der gleichen Eigenschaft.

Ehlers: Dann müßte man die Bundesminister und die Länderminister dazunehmen. Ich glaube, es wäre eine zu große Ausweitung. Daß man die Ministerpräsidenten der Länder hinzuzieht, soweit das möglich ist, um die Arbeit zu intensivieren, ist selbstverständlich, aber man sollte das nicht auf die Zusammensetzung des Vorstandes sich auswirken lassen.

Von Brentano: Es ist natürlich so, daß wir die Ministerpräsidenten im Vorstand haben wollen. Wir wollen auch die Minister der Länder einladen, wo wir nicht den Ministerpräsidenten stellen.

Ehlers: Darf ich nunmehr folgendes feststellen: Es besteht Einmütigkeit darüber, daß

1. der Parteiausschuß den Vorstand wählt,
2. der Vorstand beim Parteitag beantragen soll, die Satzung insoweit zu ergänzen, daß die Landesverbandsvorsitzenden Mitglieder des Vorstandes sind.

Wir müssen uns jetzt darüber klarwerden, wer die zehn Mitglieder sind, die der Parteivorstand dem Parteiausschuß vorschlagen soll.

Simpfendorfer: Man wird zunächst die Gruppe berücksichtigen müssen, die noch nicht vertreten ist. Das ist die Gruppe der Bauern.

Bach: Herr Lübke aus Schleswig-Holstein hat einen Hof von 220 Morgen.

Von Hassel: Es sind nur 120 Morgen. Herr Bach übertreibt.

Ehlers: Also die Bauern. Nun darf ich nach den Sozialausschüssen fragen. Wir sprachen von zehn. Ist durch Herrn Kaiser eine entsprechende Vertretung für die Sozialausschüsse gegeben?

Kaiser: Nach meiner Meinung nicht. Es genügt nicht. Es steht fest, daß der größte Teil unserer Wähler aus der Arbeiterschaft kommt. Wir haben bei den Damen und Herren nur einen Mann von den Arbeitnehmern; das bin ich. (*Fay:* Ich bin auch Arbeitnehmer!) Ich schlage Johannes Albers vor. Ferner schlage ich die Ministerpräsidenten vor, dann haben wir den Karl Arnold dabei.

Zimmer: In der damals bestehenden Arbeitsgemeinschaft wurde darüber diskutiert, was wichtiger sei, unser Freund Albers als Vertreter der Sozialausschüsse oder ein Vertreter der Jungen Union. Schließlich hat man sich für die Junge Union entschieden!

Ehlers: Versuchen wir einmal unverbindlich, Nägel mit Köpfen zu machen! Ich stelle fest, daß einer besonderen Wahl nicht mehr bedürfen Dichtel und Simpfendorfer.

Frau Dr. Gröwel, können Sie bleiben?

Gröwel: Ich muß mein Amt zur Verfügung stellen, weil ich als Konsul nach Houston in Texas gehe. Der Frauenausschuß hat mich gebeten, hier zu erklären, daß vom Frauenausschuß noch eine Vertreterin benannt wird.

Ehlers: Der Frauenausschuß wird also noch einen Vorschlag machen. Wie ist es mit Herrn Hilpert?

Fay: Er hat sein Amt als Landesverbandsvorsitzender niedergelegt.

Ehlers: Ich bitte die hessischen Freunde, mit Herrn Hilpert Föhlung zu nehmen. Herr Dr. Schreiber, Berlin? (*Schreiber:* Ich bin nicht Landesvorsitzender!²⁰) Sie gehören also nicht als Landesverbandsvorsitzender dem Parteivorstand an. Es ist für die Sozialausschüsse Herr Albers vorgeschlagen worden. Wir notieren diesen Vorschlag zunächst. Wie ist es mit dem Vertreter der Bauern? Ich könnte mir vorstellen, daß das nicht ganz leicht ist. Sollten wir nicht die bäuerlichen Vertreter zunächst um einen Vorschlag bitten!

Kaiser: Ich würde Herrn Lübke²¹ – nicht den Ministerpräsidenten, sondern den Generaldirektor der Raiffeisenbank – vorschlagen.

Ehlers: Ich würde warnen, das von Ihnen aus zu tun, sondern die Vertreter müssen es nach meiner Ansicht selber machen. Nimmt es der geschäftsföhlrende Vorstand in die Hand, die bäuerlichen Vertreter zu informieren?

Tillmanns: Abgesehen von den Bauern und den Sozialausschüssen sind auch die konfessionellen Gesichtspunkte bei der Zusammensetzung des Vorstandes zu berücksichtigen. Wenn nun jeder Ausschuß von sich aus einen Vorschlag macht, dann ergibt sich ein Gesamtbild, das unmöglich ist.

Ehlers: Ich hatte mir nicht gestattet, das Wort „Ausschuß“ in den Mund zu nehmen, sondern ich hatte gesagt: bäuerliche Vertreter. Ich glaube nicht, daß sich der Vorstand durch den Beschluß eines Ausschusses präjudizieren lassen kann, sondern es ist notwendig, mit den einzelnen Berufsständen Föhlung zu nehmen, welcher Freund in Frage kommt. Sonst könnten wir einfach sagen: ein Mitglied ist Bauer, ein anderer ist Wirtschaftler usw. Das geht nicht. Nur so habe ich es verstanden.

Bach: Sollen wir nicht auch an Herrn Pferdmeniges denken.

Pferdmeniges: Ich bitte, mich nicht zu wählen!

Ehlers: Ich glaube, daß wir in Abwesenheit des Bundeskanzlers kaum zu einem Vorschlag kommen. Wir können aber sagen: Das Bild hat sich so konzentriert, daß wir ungefähr wissen, was wir wollen. Ist das richtig? (*Zustimmung.*) Dann würde ich darum bitten, sich eine Liste der in Frage kommenden Damen und Herren unter das Kopfkissen zu legen, damit wir möglichst bald zu einem positiven Ergebnis kommen.

Bach: Ich halte es für richtig, daß mindestens zwei Frauen im Vorstand vertreten sind, und zwar von beiden Konfessionen; sie stellen den größten Teil der Wähler.

Ehlers: Angesichts der außerordentlichen Verstärkung durch das männliche Element ist das ein sehr erbetener Gedanke.

20 Vorsitzender des Berliner CDU-Landesverbands war Robert Tillmanns.

21 Heinrich Lübke (vgl. Nr. 18 Anm. 94).

Gröwel: Darf ich Ihnen dafür herzlich danken, Herr Präsident!

Tillmanns: Wir müssen bedenken, daß wir außer den zehn Mitgliedern noch zehn Vertreter zu wählen haben.

Ehlers: Das wollen wir jetzt fallenlassen. Können wir diese Frage jetzt abschließen? Das ist der Fall.

Wir kommen zum letzten Punkt der Tagesordnung.

VERSCHIEDENES

Strickrodt: Ich frage aus dem Gesichtspunkt der NEI heraus. Wir sind in Rom vom Ministerpräsidenten de Gasperi empfangen worden.²² Ich meine, wir müßten für die ausländischen Gäste etwas Besonderes tun.

Kiesinger: Das ist bisher nicht üblich gewesen.

Tillmanns: Wir haben ein Mitglied der Bundesgeschäftsstelle beauftragt, sich ausschließlich um die ausländischen Gäste zu kümmern, mit ihnen Stadtfahrten zu machen und alle die Wünsche der Gäste zu erfüllen.

Zimmer: Sind Italiener da?

Heck: Nein, noch nicht!

Ehlers: Herr Dr. Wuermeling ist zurückgekehrt. Ich erteile ihm das Wort.

Wuermeling: Wir haben unseren Auftrag ausgeführt, kühl, aber nicht verletzend. Wir wurden in ein Lokal geführt, bekamen Zigarren angeboten, die wir abgelehnt haben, und zwar begründete ich es damit, daß wir nicht so lange zu tun hätten, während Herr Lenz sagte, er habe gerade geraucht. Herr Lenz sagte dann Herrn Drexelius, es sei für die Bundesregierung – die Minister hätten dem zugestimmt – eine untragbare Angelegenheit.

Die Einlassung des Herrn Drexelius war im ersten Moment nicht ungeschickt, indem er erwiderte, vor drei Wochen sei auch der Bundespräsident aus einem ähnlichen Anlaß mehr privater Art – als er bei der Industrie gesprochen habe – nicht vom Regierenden Bürgermeister empfangen worden, sondern durch ihn, Drexelius. Wir erwiderten darauf, wenn in Amerika der Vizepräsident der Vereinigten Staaten²³ den Herrn Bundeskanzler empfangen hätte, dann dürfe man zumindest erwarten, daß das der Regierende Bürgermeister von Hamburg auch tue. Er sagte, in Hamburg hätten sie ein anderes Protokoll. (*Zuruf:* Ein anderes Protokoll?) Ja, ein anderes Protokoll. (*Ehlers:* Den Eindruck habe ich allerdings auch!) So ging es hin und her. Herr Samsche sprach noch von den Luftballöncchen. Wir blieben korrekt. Das Endergebnis war die Antwort, er würde den Bürgermeister noch heute abend über die Dinge informieren, wobei er jedoch betonte, er halte es für ausgeschlossen, daß der Bürgermeister seinen Beschluß ändere, weil es dem Hamburger

²² Vgl. Nr. 16 Anm. 54.

²³ Richard M. Nixon.

Protokoll nicht entspreche. So sind wir geschieden. Wir sind nach kaum 20 Minuten in Frieden, aber offiziell auseinandergegangen.

Ehlers: Ich finde, daß das insgesamt das gewünschte Ergebnis ist. Ich würde es als peinlich empfunden haben, wenn der Herr Bürgermeister sich unter einem Druck zu einer anderen Sache bekundet hätte.

Wuermeling: Wir haben mitgeteilt, daß der Kanzler voraussichtlich im Gästehaus sich einen Moment aufhalten und dann weiterfahren würde. Diese Sache spricht als solche für sich.

Müllerbach: Wird nun der Kanzler anderswo untergebracht oder nicht?

Ehlers: Darüber sind wir wohl klar.

Müllerbach: Im Hotel „Vier Jahreszeiten“ ist alles bereit für morgen abend.

Ehlers: Es liegt ein Antrag des Landesverbandes Rheinland und Westfalen auf Bildung eines Bundesausschusses für Gesundheitswesen vor. Das kann am Montag abend gemacht werden.

Ferner hat der Bezirksvorstand Kassel beantragt, den Parteitag 1954 in Kassel stattfinden zu lassen. Dieser Wunsch auf Abhaltung des Parteitages ist auch von Köln und von Dortmund ausgesprochen worden. Wie soll hier verfahren werden?

Tillmanns: Das ist Sache des Parteitages. Ich würde es für richtig halten, eine Stadt in Nordrhein-Westfalen zu nehmen. Man könnte darüber den Parteitag entscheiden lassen, so ähnlich wie es in Karlsruhe war.

Lensing: Dann haben wir auch keine Protokollschwierigkeiten!

Ehlers: Ich schlage vor, daß über diese Frage morgen im Parteiausschuß gesprochen wird.

Von Brentano: Man soll die Frage diskutieren und die Entscheidung dem engeren Vorstand überlassen.

Kaiser: Ich möchte wünschen, daß von hier aus ein Protokollchef festgesetzt wird.

Tillmanns: Ich schlage vor, Herrn Dr. Gradl noch in den Redaktionsausschuß zu wählen.

Ehlers: Der Redaktionsausschuß kann sich jederzeit um einen Sachverständigen erweitern. Herr Kaiser hat vorgeschlagen, einen Protokollchef von uns zu wählen. Darf ich fragen, wer sich zu diesem Posten drängt? Herr Dr. Wuermeling! (*Wuermeling:* Ich dränge mich gar nicht!) Der Vorstand bittet Sie freundlichst, diese Regie zu übernehmen.

Samsche: Wir haben keinen Einfluß darauf. Es bleibt beim Staatsempfang. Die Dinge liegen fest.

Ehlers: Wer die Partei vertritt, das ist doch unsere Sache! (*Samsche:* Das ist Sache des Hamburger Senats. – *Widerspruch.*) Das bedeutet also, daß der Drexelius den Bundeskanzler unter den Arm nimmt und mit ihm zum Wagen geht?

Samsche: Die Ministerpräsidenten, die nach draußen kommen, bekommen ein Ticket, um auf das Rollfeld zu gehen. Der Empfang der Senatskolonne [...] (*Ehlers:* Wer ist denn Senatskolonne? Es interessiert mich langsam!) Der Empfang des Se-

nats beginnt am Rollfeld und endet im Hause Wedell. Auf den Ablauf dieser Dinge haben wir keinen Einfluß. Der Senat hat im Einvernehmen mit dem Protokoll die Wagen beschränkt.

Ehlers: Ich habe eben gefragt: Wer ist denn Senatskolonne. Darf ich jetzt fragen, aus wem besteht denn die Kolonne?

Samsche: Aus Dr. Adenauer und seiner Begleitung sowie aus den Vertretern der Hansestadt Hamburg, den Vertretern der Bundespartei und des Landesverbandes.

Bach: Die Ministerpräsidenten müssen den Bundeskanzler begleiten.

Von Brentano: Was ist das denn eigentlich für ein Protokoll! Wenn unsere Ministerpräsidenten auf das Rollfeld fahren wollen, dann möchte ich das Protokoll sehen, das unsere Ministerpräsidenten daran hindert. Wir sollten es einfach tun. Das ist ja schlimmer als im Dritten Reich, wie hier regiert wird. (*Zurufe:* Sehr richtig!)

Ehlers: Die Wagen der Ministerpräsidenten fahren an. Was geschieht nun? Das muß doch geklärt werden.

Samsche: Es war nicht bekannt, daß die Herren Arnold und Altmeier an dem Empfang teilnehmen würden! (*Zuruf:* Welche Sturheit!)

Ehlers: Was habe ich denn in diesem Falle zu tun? Ich fahre mit meinem Wagen hin.

Samsche: Sie bekommen eine Karte, die Sie zum Betreten des Rollfeldes berechtigt. Alle Personen, die diese Karte haben, kommen vorher in ein Zimmer. Die Maschine landet. Sie gehen geschlossen durch den Zoll auf das Rollfeld. Dort ist eine Kolonne des Senats aufgefahren, in die nun sämtliche Anwesenden und die Begleitung des Bundeskanzlers einsteigen. Das Protokoll schreibt das vor. (*Zuruf:* Das Protokoll!)

Kaiser: Wenn das Bonner Protokoll zur Kenntnis nimmt, daß die Herren Arnold, Altmeier, Lehr und vor allem der Bundestagspräsident da sind, dann ordnen sich die Dinge ganz von selbst. Dann brauchen wir gar nichts zu tun.

Ehlers: Morgen abend wird sich zeigen, daß es nicht geklappt hat!

Kiesinger: Ich bin mit dem Bundestagspräsidenten der Meinung, daß es bei diesem Hamburger Protokoll nicht klappen wird. Ich möchte nicht gern erleben, daß ausgerechnet der Bundestagspräsident irgendwo am Schwanz der Kolonne fährt.

Ehlers: Herr Wuermeling trägt die Verantwortung. Damit wollen wir die Sitzung schließen.